

Hingehen, abstimmen:
Nein
zu Tempelhof!
Volksabstimmung am
27. April 2008



Foto: Jörg Rückmann

Ein Nein für die Stadt

Der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es in unserer Stadt zu einem Volksentscheid. DIE LINKE sieht darin auch eine Bestätigung dafür, dass unser Eintreten für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich ist.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe.

Für den ersten Volksentscheid hätten wir uns auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt eines, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die Interessengemeinschaft City Airport Tempelhof (ICAT), die CDU und der Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten – für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen, darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen!

Deshalb werben wir dafür, am Volksentscheid teilzunehmen und mit Nein zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

*Klaus Lederer, Landesvorsitzender
der Partei DIE LINKE*

● **Siehe auch Argumentation auf Seite 3!**

Streik!

Gedanken einer alten Genossin

„Streik ist die Waffe der Arbeiterklasse“, hatten wir gelernt. Und in unserer damaligen Presse wurden die Streiktage in der kapitalistischen Welt gezählt. Waren es viele, so hofften wir auf einen Erfolg der Klassenkämpfe. Und so mancher war schnell bei der Hand, die baldige Revolution vorauszusagen, wenn gar eine große Stadt wie Paris oder ein ganzes Land eine Zeitlang still standen.

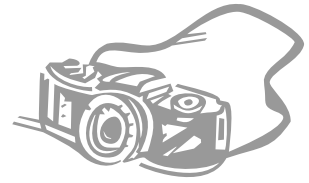
Jetzt trifft der Streik uns selbst. Wir haben lernen müssen, dass die Arbeiter mit Streiks wie dem bei der BVG für ihre Interessen im Kapitalismus kämpfen. Nichts weiter. Dass sie aber gar keine andere Möglichkeit haben, wenn sie etwas erreichen wollen. Und dass es für die „anderen“ nicht angenehm ist, denn es trifft vor allem diejenigen, die überhaupt keinen Einfluss haben. „Die können uns doch nicht einfach als Geiseln nehmen“, hört man.

Wo bleibt jedoch ein klares Wort unserer linken Politiker? Natürlich ist das schwierig. Gewiss hat der „rot-rote“ Senat in den vergangenen Jahren viel geleistet – das von der CDU-SPD-Koalition hinterlassene Erbe weggeräumt und dabei soziale Leistungen erreicht, die es woanders nicht gibt.

Aber dieser Streik ist etwas anderes. Er bewegt viele Menschen, und die Genossen wollen zum Beispiel wissen: Wer war bei den Streikenden? Hat mit ihnen geredet? In dieser Situation reicht es nicht aus, mit den ver.di-Chefs zu verhandeln, sondern man muss mit den Streikenden Solidarität üben. Der Koalitionspartner hat einen anderen Standpunkt als wir, doch bei offenen Worten, die die Konflikte nicht aussparen, wird es an Unterstützung seitens der Genossen nicht fehlen. *Inge Junginger*

In dieser Ausgabe

- Ist die EU friedensfähig? (Seite 2)
- Was geht uns Tempelhof an? (Seite 3)
- Nazis als Schöffen? (Seite 4)
- Ist die SPD koalitionsfähig? (Seite 5)
- Kann DIE LINKE vor Kraft kaum laufen? (Seite 6)
- Noch 5 Jahre Agenda 2010? (Seite 7)



Fähig zum Frieden?

Werden mit der EU-Verfassung die Mitgliedsländer in das Räderwerk des Krieges hineingezogen? Ist die Europäische Union zum Frieden fähig? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Gesprächsrunde der AG Politische Bildung am 13. März in der Geschäftsstelle der LINKEN. Gast war Dr. Erhard Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Es geht um die Stärkung des Rüstungssektors, machte Erhard Crome deutlich. Vorgesehen sind „Frieden schaffende Maßnahmen“ durch eine strukturierte Zusammenarbeit der „Großen“, „Starken“ oder (Kriegs-)„Willigen“, und die Schaffung künftig schnell einsetzbarer Einheiten.

Der Gesprächskreis „Frieden und Sicherheitspolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung sieht vor allem drei Gefahren, die durch die Ratifizierung dieses Vertrages verschärft würden: Krieg wird wieder ein Mittel der Politik, wird zum legitimen Mittel der Interessenwahrung des neu formierten EU-Staatengefüges.

Alle EU-Mitgliedsstaaten werden mit dem Vertrag zur Aufrüstung und Rüstungsmodernisierung verpflichtet.

Die Versuchung wird zunehmen, regionale oder lokale Krisen „in Eigeninitiative“ militä-

risch zu lösen. Damit werden weltweit neue Rüstungswettläufe provoziert. Der Versuch der EU, sich auch militärisch als „Global Player“ zu etablieren, verschärft nicht nur die transatlantischen Spannungen, er vergibt auch die einmalige Chance der EU, die innerhalb Europas als einzigartiges und gelungenes Friedensprojekt zu betrachten ist, weltpolitisch eine glaubwürdige Rolle des Ausgleichs und friedlicher Konfliktregelung zu spielen.

Gisela Klingenberg

Poster-Wettbewerb

Die Siegerklasse eines Wettbewerbs für Grundschüler kann mit Gesine Löttsch am 2. Juni im Bundestag den Internationalen Kindertag feiern. Sie frühstücken mit der Abgeordneten der LINKEN, besichtigen den Bundestag und erfahren etwas über ihre Arbeit.

Doch vorher muss gemeinsam ein Poster zum Thema „Mein Lieblingsmärchen“ gestaltet werden – es können Gedichte, Bilder, Foto-Collagen oder kleine Aufsätze sein.

Die Poster gehen an Dr. Gesine Löttsch, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin. Einsendeschluss ist der 19. Mai. Alle Arbeiten werden danach in der Bodo-Uhse-Bibliothek ausgestellt.

Norman Wolf

Mein Praktikum

Mein Name ist Wellingta, ich komme von der Ernst-Schering-Oberschule und habe für zwei Wochen ein Schülerpraktikum bei der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gemacht.

Zwei Wochen lang habe ich die jugendpolitische Sprecherin der LINKEN, Mari Weiß, bei ihrer Arbeit begleitet. Sehr spannend fand ich die Plenarsitzung vom 28. Februar, als es zum Thema „Flughafen Tempelhof“ heiß herging. Ich hätte niemals gedacht, dass die Meinungen der einzelnen Parteien wirklich so unterschiedlich sind und dass es dort so laut und undiszipliniert zugehen würde. Ich hätte auch nie gedacht, dass sich einige sogar persönlich angreifen würden. Zum Beispiel bezeichnete der FDP-Fraktionsvorsitzende, Martin Lindner, Jutta Matuschek als „Volksverhetzerin“, was ich total inakzeptabel fand. Ich persönlich finde es besser, live dabei zu sein, als zu Hause vorm Fernseher zu sitzen, denn man ist wirklich mittendrin und nimmt vieles anders wahr.

Des Weiteren waren die einzelnen Sitzungen der Fraktion und die Termine in Lichtenberg sehr informativ. Fest steht: Ich habe sehr viel in diesen zwei Wochen dazugelernt und wünschte, es ginge länger. Ich bin Mari und der gesamten Linksfraktion sehr dankbar. Sie waren echt nett und haben mir alle Fragen beantworten können. Vielen Dank!

*Wellingta Quiabanguca (16),
Schülerin der Ernst-Schering-Oberschule*

Rollende Ausstellung

Der „Zug der Erinnerung“ kommt nach Lichtenberg. Diese rollende Ausstellung soll an die deportierten und ermordeten Kinder und Jugendlichen im Nazi-Reich erinnern. Der Zug wird vom 13. bis 22. April in Berlin haltmachen. Stationen sind die ehemaligen Deportationsbahnhöfe Grunewald und Westhafen sowie der Hauptbahnhof und die Bahnhöfe Alexanderplatz und Schöneweide. Zwei Tage wird die Ausstellung auch im Bahnhof Lichtenberg zu sehen sein. Dafür bewilligte die Lichtenberger BVV auf Initiative der LINKEN 1200 Euro. Leider hat die Deutsche Bahn bis heute keinen konkreten Termin angeboten.

Die Initiative „Zug nach Lichtenberg“ plant für die Besucher der Ausstellung die Aufführung des Theaterstücks „Kindertransporte“ sowie der Video-Dokumentation „Kunst und Kultur im Holocaust“ von Schülern des Manfred-von-Ardenne-Gymnasiums. *Daniel Tietze*

● **Mehr Infos unter:** www.zugnachberlin.de



Foto: Büro Löttsch

Internationaler Frauentag: Gesine Löttsch hat auch in diesem Jahr 100 Lichtenbergerinnen zu einem Sektempfang und Erfahrungsaustausch in den Bundestag eingeladen – mittlerweile eine schöne Tradition. Anschließend trafen sich die Frauen zu einer Gesprächsrunde im Frauenministerium: Die Damen im Ministerium waren wirklich um die Lichtenbergerinnen bemüht, hatten es aber nicht leicht, gegen so viele gute Erfahrungen mit DDR-Kindergärten anzukommen. F. Loeff



Was geht uns Tempelhof an?

Von Peter-Rudolf Zotl, MdA

Diese Frage wird in der letzten Zeit oft gestellt. Dahinter steckt der grundlegende Irrtum, dass die Offenhaltung bzw. die Schließung des Flughafens Tempelhof eine rein lokale Angelegenheit für die Region um das Flughafengelände sei. Genau das stimmt nicht, denn es ist für die gesamte Stadt und für uns alle von grundlegender Bedeutung, ob Tempelhof geschlossen wird oder nicht.

Sicherheits- und Umweltrisiken

Überall in der Welt werden innerstädtische Flughäfen geschlossen und dafür Ersatzstandorte geschaffen – weit entfernt von den Siedlungskernen. Hauptgrund sind die erheblichen Sicherheits- und Umweltrisiken innerstädtischer Flughäfen. Jeder Start und jede Landung in einem dicht besiedelten Zentrum birgt tödliche Gefahren sowie eine hohe Umweltbelastung für die Bevölkerung. Diese Gefahren vervielfachen sich mit der Anzahl von Flugbewegungen immens. Kurz: Der Flughafen Tempelhof ist nur noch in Betrieb, weil er in Betrieb ist. Eine neue Betriebserlaubnis würde er heute nie und nimmer erhalten – sei es als viel oder als schwach frequentierter Flughafen. Die Risiken des Flughafens Tempelhof können uns in Lichtenberg keineswegs egal sein, weil sie auch für uns gelten.

Rechtliche Barrieren

Die schrittweise Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel ist in einem gemeinsamen Beschluss des Bundes sowie der Länder Berlin und Brandenburg („Konsensbeschluss“ von 1996) festgehalten. Dass der Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) der einzige Flughafen der Hauptstadtregion wird, war die Hauptbedingung für die Bauentscheidung zum BBI. Alle Gerichtsurteile – auch der höchsten Instanzen – rechtfertigten den Bau des BBI vor allem deshalb, weil ein außerstädtischer Flughafen eine Frage der Sicherheit, der ökologischen und ökonomischen Vernunft ist.

Käme es jetzt zu einer Aufweichung des Konsensbeschlusses, dann fielen dieses gerichtliche Hauptargument für den BBI weg. Alles wäre wieder offen, neue Klagen wären zu erwarten, die Fertigstellung des BBI würde sich endlos verzögern. Die Gefährdungen durch Tempelhof – auch für uns – blieben lange Zeit weiter bestehen.



Foto: www.wikipedia.de/U. Küchler

Blick aus dem Flugzeug: Der Flugplatz Tempelhof liegt in dicht besiedeltem Gebiet.

Ökonomische Verluste

Der BBI ist das größte Investitionsprojekt der Hauptstadtregion, in das bereits dreistellige Millionenbeträge geflossen sind. Täglich werden schon heute zwei Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt wird der BBI 40 000 neue Arbeitsplätze bringen; man rechnet außerdem mit zahllosen weiteren Dienstleistungs- und Handelseinrichtungen. Das zeigen alle nationalen und internationalen Erfahrungen. All das wäre in Frage gestellt oder im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt.

Der unrentable Flughafen Tempelhof kostet heute alles in allem die Steuerzahler – also auch uns in Lichtenberg – ca. 17 Millionen Euro pro Jahr. Würde er als Geschäfts-, Privat- oder/und Ersatzflughafen für Schönefeld fortgeführt, müsste auch bei einer privaten Trägerschaft das Land Jahr um Jahr Millionen beisteuern, denn z. B. Sicherheitsfragen bleiben staatliche Aufgaben.

Sollte Tempelhof aber alle Ausgaben aus den Einnahmen bestreiten können, müssten pro Jahr 50 000 Starts bzw. Landungen, d. h. täglich von 6 bis 22 Uhr alle fünf bis sechs Minuten ein Start oder eine Landung, erfolgen. Wobei wir wieder bei der Sicherheit und der Lebensqualität wären ...

Geschichtsschleifung?

Die Befürworter von Tempelhof zielen auch auf die historische und symbolische Bedeutung ab, die der Flughafen Tempelhof für die Berlinerinnen und Berliner – insbesondere des ehemaligen Westberlins – ohne Zweifel

hat. Aber die wird doch mit der Schließung des Flugbetriebes überhaupt nicht in Frage gestellt. Es gibt lediglich keinerlei zwingenden Zusammenhang zwischen diesem historischen Wert und dem Weiterbetrieb eines immer gefährlicher werdenden innerstädtischen Flughafens. Wenn es solchen Zusammenhang gäbe, dann dürfte die CDU nur dann das Berliner Schloss wieder aufbauen wollen, wenn auch die Monarchie wieder eingeführt wird.

Politische Ziele

Die CDU, die FDP und auch der Springer-Konzern, die sich für die Offenhaltung von Tempelhof besonders engagieren, wissen genau, dass alle diese Argumente stimmen. Sie wissen auch, dass der Volksentscheid keine bindende Wirkung für den Senat hat, weil weder die direkte noch die parlamentarische Demokratie das Verwaltungshandeln – und der Schließungsbeschluss ist Verwaltungsvollzug des seinerzeitigen Konsensbeschlusses – bestimmen können. CDU, FDP und alle anderen Unterstützer wissen auch, dass der Senat nicht alle Vereinbarungen einseitig aufkündigen kann. Aber sie versuchen bewusst, die Leute für dumm zu verkaufen, damit sie anschließend scheinheilig Rot-Rot anklagen können, nicht auf das Volk zu hören. Und verdammt sollten wir uns nicht lassen ...

Fazit

Tempelhof geht uns alle an. Denn damit sind unser aller Lebensqualität, unser aller Sicherheit, unser aller Geld eng verbunden. Deshalb brauchen wir eine deutliche Mehrheit, die sich am 27. April am Volksentscheid beteiligt und mit Nein stimmt.



Nazis als Schöffen?

Für die Schöffenwahl in diesem Jahr haben sich Nazis beworben. Schöffen sind ehrenamtliche Richter und fällen Urteile gleichberechtigt mit den Berufsrichtern.

In unserem Bezirk fehlen noch 122 Bürgerinnen und Bürger, die von 2009 bis 2013 als Schöffen Recht sprechen möchten. Sie können sich beim Bezirksamt bewerben.

Nazis auf der Richterbank – bei diesem Gedanken müssen bei allen Demokraten die Alarmglocken läuten. Überlassen wir den Rechten nicht die Gerichtssäle!

Schöffe kann jeder deutsche Staatsbürger zwischen 25 und 69 Jahren werden. Er muss in Lichtenberg wohnen und darf noch nicht zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden sein. Bis zum 1. Juni entscheiden die Berliner Bezirksparlamente über die Kandidatenliste.

- **Infos, Bewerbungen:** Bezirkswahlamt, 10360 Berlin, Telefon: 90 296-6672, Mail: bezirkswahlamt@libg.verwalt-berlin.de

Sponsoren gesucht

Die „Neue Jugendarbeit in Lichtenberg e.V.“ organisiert zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung am 9. Mai eine öffentliche Kulturveranstaltung. Unter dem Titel: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“ will sie ein Zeichen setzen gegen rechtsextremes Gedankengut. Für eine Geldbank werden Sponsoren gesucht.

- **Kontakt:** Telefon: 970 52 40 oder per Mail: uab.hsh@gmx.de



„Wir helfen, Schluss zu machen mit ‚Schall und Rauch‘“, freute sich Michael Grunst, Vorsitzender des Umweltausschusses der BVW.

Denn seit dem 1. März herrscht auf allen 156 öffentlichen Spielplätzen unseres Bezirkes Rauch- und Drogenverbot. Oft fehlen noch die Hinweisschilder dazu. „Teilen Sie uns so etwas mit, denn wir wollen nicht, dass sich unsere Initiative in Luft auflöst“, so Michael Grunst.

- **Hinweise an: Fraktion DIE LINKE in der BVW, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin, Telefon: 90 296 31 20; Fax: 5 59 23 07 E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de**

Frühjahrsputz

Verdreht und zugemüllt ist er ja nun gerade nicht, der Fennpfuhl. Einige Ecken könnten aber sauberer sein. Besonders stören Schmierereien an den Parksulpturen und am Anton-Saefkow-Platz. Für unseren Frühjahrsputz brauchen wir noch viele fleißige Helfer! Für Arbeitsmaterial ist gesorgt, ebenso für eine kleine Stärkung. Bitte in der Geschäftsstelle der LINKEN (Tel.: 512 20 47) anmelden, damit wir wissen, wieviele Helfer mitmachen.

- **Treffpunkt:** 19. April, 10 Uhr, am großen Stein im Fennpfuhlpark, Nähe Hochhaus am Anton-Saefkow-Platz

Berlin barrierefrei

Da ist Lichtenberg Spitzenreiter – allein 50 Signets „Berlin barrierefrei“ von 200 in ganz Berlin erhielt unser Bezirk. Dafür müssen Einrichtungen Mindestkriterien erfüllen und zeigen, dass hier Menschen mit Behinderungen willkommen sind und Unterstützung erhalten.

Barrierefreiheit ist für alle Menschen ein Gewinn, vor allem für die vielen älteren, aber auch für Eltern mit Kinderwagen.

Am 14. März konnte die Carl-von-Linné-Schule, eine der fünf besten Schulen für Körperbehinderte Deutschlands, durch Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich mit dem 50. Signet in unserem Bezirk ausgezeichnet werden. Und es geht weiter: Am 12. April werden mit der Volkshochschule und der Musikschule zwei weitere Einrichtungen unseres Bezirkes als „barrierefrei“ ausgezeichnet.

Maja-Helen Feustel

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Alte Försterei erhalten

Senat und Abgeordnetenhaus sollen die „Alte Försterei“, die Spielstätte der Fußballer vom 1. FC Union, erhalten, fordern Lichtenberger Verordnete der demokratischen Parteien. In diesem traditionsreichen Stadion trainieren auch zahlreiche Kinder und Jugendliche aus Lichtenberg.

Impfschutz

96 Prozent aller Schulanfänger aus dem Jahr 2006 haben vollständigen Impfschutz. Das geht aus dem jüngsten Kindergesundheitsbericht des Bezirksamtes hervor. Er bezieht sich auf die Einschulungsuntersuchungen von 1791 Mädchen und Jungen.

Interkulturelle Mediathek

„Spielerisch Deutsch lernen“, „Vietnamesisch für Anfänger“ – Bücher, CD und DVD zum Sprachen lernen, aber auch viele Medien in russischer Sprache können jetzt in der Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9, ausgeliehen werden.

Rettet die „Spreebirds“

Nach fast zehnjähriger Zusammenarbeit hat die BVG die Unterstützung der Bundesliga-Frauenhandballmannschaft des „BVB 49 e.V.“ eingestellt. Die „Spreebirds“ brauchen für die laufende Spielserie 30 000 Euro. Spenden: Konto: 200 730 001, (Kommerzbank, BLZ: 100 400 00), VWZ „Rettet die Spreebirds“.

Bücherspenden

Der Förderkreis Lichtenberger Bibliotheken veranstaltet am „Welttag des Buches“ (23. April) seinen traditionellen Büchertrödel. Bis zum 14. April nehmen alle vier Bibliotheken des Bezirkes Spenden entgegen.

Keine Straßenumbenennung

Die SPD möchte einen Teil des Weißenseer Weges nach der ermordeten pakistanischen Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto umbenennen. „Offensichtlich gelten die einstigen Bedenken gegen Ho Chi Minh für die neue Namenspatronin nicht“, äußerte der kulturpolitische Sprecher der LINKEN, Professor Jürgen Hofmann.

SPD koalitionsfähig?

Kurz vor der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft schien es, als müsste ich meine Meinung zum Ausweg aus der Koalitionskrise der hessischen SPD korrigieren. Wie in „info links“ (2/08) zu lesen war, hielt ich die Position des taz-Autors Reinecke für richtig, Rot-Grün, toleriert durch die Linkspartei, wäre einen Versuch wert. Er scheiterte jedoch an der Politikverweigerung der SPD.

Doch plötzlich stellte es Parteichef Beck Frau Ypsilanti frei, sich mit den Stimmen der LINKEN zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Die SPD-Basis schien einverstanden zu sein. Die SPD-Rechte war außer sich. Schwadronierte von „Wortbruch“.

Und siehe da, bald fand sich ein rettender Engel. Eine gewisse Dagmar Metzger, die in Darmstadt für die SPD ein Direktmandat erworben hatte, erklärte, sie werde nicht für Frau Ypsilanti stimmen. Denn sie könne auch das geringste Zugeständnis an die aus der SED hervorgegangene Partei nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Außerdem wisse sie, dass noch andere Abgeordnete so dächten. Angesichts der äußerst geringen Mehrheit von nur zwei Stimmen auch bei hundertpro-

zentiger Zustimmung von SPD und LINKE erklärte Frau Ypsilanti, sie werde bei der Konstituierung des Landtages am 5. April nicht zur Wahl als Regierungschefin antreten. Beck kehrte zu seiner ursprünglichen Verweigerungshaltung zurück. Volksverhetzer Koch kann, wenn auch nur interimistisch, vorläufig weiterregieren.

Die Wochenzeitung *Freitag* veröffentlichte am 21. März ein Interview mit dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN Dietmar Bartsch. Die großgedruckte Überschrift lautete: „Die SPD ist für uns nicht koalitionsfähig“. So knapp hatte Bartsch die Frage beantwortet: „Wie groß ist die Chance, dass es 2009 doch noch zum rot-rot-grünen Bündnis kommt?“. Allerdings hatte er dabei auch ein „derzeit“ nicht ausgelassen. Den Verweis auf die Koalition in Berlin konterte er mit den Erfolgen, die diese zu verbuchen habe. Das Debakel vom 17.9.2006 blieb unerwähnt. Berlins „Ja“ zur EU-Verfassung zwei Jahre davor im Bundesrat ebenfalls.

In wenigen Wochen steht uns eine solche Prüfung erneut bevor. Wowereit erklärt, er sei fest entschlossen, im Bundesrat für den EU-Reformvertrag zu stimmen. Unsere Partei ist entschieden dagegen. *Ronald Löttsch*

Veranstaltungen

- **Montag, 7.4., 19.30 Uhr**
„Die ‚Online-Gesellschaft‘ und der Datenschutz“, Forum mit Marion Seelig, MdA; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8-10
- **Dienstag, 8.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der LINKEN
- **Donnerstag, 10.4., 18.30 Uhr**
„Europäische und deutsche Wirtschaftspolitik und ihre Folgen für die Menschen“, Forum mit Sahra Wagenknecht, MdEP; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonabend, 12.4., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich entlang der Rummelsburger Bucht; Treffpunkt: Hauptstraße 4, Parkplatz
- **Dienstag, 15.4., 19 Uhr***
Beratung mit den Leitern der Wahlkreisaktive und Sprecherräten
- **Mittwoch, 16.4., 19 Uhr****
Beratung mit den Sprecherräten Hohenschönhausen
- **Donnerstag, 17. April, 18 Uhr***
Treffen der AG Strukturen – alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
- **Dienstag, 22.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der LINKEN
- **Donnerstag, 24.4., 17 Uhr**
Tagung der Bezirksverordnetenversammlung; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Sonabend, 26.4., 10 Uhr**
2. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Berlin; Max-Taut-Aula
- **Donnerstag, 1. Mai, 11 – 20 Uhr**
Familienfest Hohenschönhausen, Falkenberger Chaussee/Vincent-van-Gogh-Straße, **12 – 18 Uhr:** Sportfest Lichtenberg; Frankfurter Allee/Möllendorffstraße
- **Montag, 5.5., 19.30 Uhr**
„Von den Programmatischen Eckpunkten zum Parteiprogramm der LINKEN“, Programmdebatte mit Dr. Bernd Ihme; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Kampagne zum Volksentscheid

Am 27. April stimmen die Berliner zum Flughafen Tempelhof ab. Die SPD, DIE LINKE, Die Grünen und zahlreiche Bürgerinitiativen haben sich gegen die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof aus vielerlei Gründen entschieden (Artikel auf den Seiten 1 und 3).

Der Bezirksvorstand hat auf seiner Sitzung am 11. März ein siebenköpfiges Kampagnebüro berufen, das alle Aktivitäten des Bezirksverbandes zum Volksentscheid koordiniert.

Insgesamt stehen unserem Bezirksverband 3 000 Plakate, diverse Materialien für Infostände sowie ab dem 16. April 30 000 Briefe der LINKEN Berlin an die Bürger zur Verfügung.

Der Bezirksvorstand bittet alle Mitglieder und Sympathisanten, die Kampagne tatkräftig zu unterstützen. Insbesondere geht es darum, weitere Plakate aufzuhängen, ab sofort an den Wochenenden bis zum 11./12.4. Infostände zu organisieren und am 19. April den Bürgerbrief in möglichst viele Briefkästen zu stecken. Fürs Mitmachen und bei Fragen wendet Euch bitte an die Geschäftsstelle der LINKEN (Telefon: 512 20 47). *Wolfgang Schmidt*

*Dear Judeum,
Thank you for your letter.
I'm sorry it has taken me
so long to answer you,
but I should say that
you are constantly in our
thoughts, in our actions,
in our hearts.*

Brief der „Cuban Five“

Unsere Leserin Gudrun Benser schickte uns ein an sie gerichtetes Schreiben der „Cuban Five“ – jener fünf Kubaner, die 1998 in den USA in einem politischen Prozess widerrechtlich zu lebenslangen oder langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und seitdem in US-Gefängnissen inhaftiert sind. In diesem Brief bedankt sich Antonio Guerrero für die andauernde internationale Solidaritätskampagne für ihre Freilassung.

● www.miami5.de; www.cuba-si.org

Delegiert

Die 2. Tagung der 1. Hauptversammlung hat folgende Genossen als Delegierte zum 1. Bundesparteitag der LINKEN gewählt: Evrim Baba, Christina Emmrich, Annegret Gabelin, Gesine Löttsch, Petra Weitling, Holger Henschke, Bernd Ihme, Christian Petermann, Michael Stadler und Harald Wolf.

„DIE LINKE kann vor Kraft kaum laufen“

Von Peter-Rudolf Zotl

Mit diesen Worten berichtete Dorit Knieling von der rbb-Abendschau über die Klausur der Berliner Linksfraktion, die am 29. Februar und 1. März in Templin stattfand. Was wie eine Sensation vermeldet wurde, war keine, denn anderen ist längst die eigene Handschrift aufgefallen, mit der DIE LINKE immer mehr die Umsetzung des Koalitionsvertrages prägt.

Beispiel 1: Berlin-Pass

Die bisher bundesweit einmaligen Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr und für den Besuch von Opern und Theatern werden bis Ende des Jahres um viele weitere Vergünstigungen für sozial Bedürftige erweitert und in einem neuen Berlin-Pass zusammengefasst. Etwa 700 000 Menschen werden diesen Sozialpass diskriminierungsfrei nutzen können. Mit großem Engagement beteiligt sich auch die private Wirtschaft an diesem Projekt, das von der Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner und der Fraktionsvorsitzenden Carola Bluhm (beide DIE LINKE) entwickelt wurde.

Beispiel 2: Beschäftigung

In Verantwortung der Senatsmitglieder Heidi Knake-Werner und Harald Wolf (beide DIE LINKE) konnten Bundes- und Landesmittel zur öffentlichen Förderung von Beschäftigung zusammengeführt werden. Die Zahl derer, die dadurch in eine versicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeit kommen, wurde so von 2 500 auf 10 000 vervierfacht.

Beispiel 3: Vergabegesetz

Seit März werden öffentliche Aufträge des Landes Berlin nur noch an solche Unternehmen vergeben, die Tariflohn oder mindestens 7,50 Euro die Stunde zahlen. Diese Initiative von Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE) ist bundesweit einmalig. Das Land Berlin vergibt pro Jahr öffentliche Aufträge im Wert von ca. 5 Milliarden Euro; die Pflicht zum Tarif- bzw. Mindestlohn ist ein wirksames Mittel, um Lohndumping im Bereich staatlicher Aufgaben zu verhindern. Weitere Vergabekriterien – keine Produkte aus Kinderarbeit, eine bestimmte Beschäftigungsquote für Frauen sowie für Migranten – konnten noch nicht beschlossen werden, weil die SPD in letzter Minute erneuten Beratungsbedarf anmeldete. Sie stehen aber weiter auf der Agenda.



Foto: Katina Schubert

Auf ihrer Klausur Anfang März beschloss die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus den neuen Berlinpass sowie ein Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut.

Beispiel 4: Kita-Betreuung

Der verbindliche Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf Kita-Betreuung – also auch der Kinder von Langzeitarbeitslosen, die anderswo oft vom Kita-Besuch ausgenommen sind – wurde von bislang 5 auf nunmehr 7 Stunden am Tag erweitert. Damit konnte in der Koalition die Einsicht durchgesetzt werden, dass sich ein längerer täglicher Kita-Besuch nachweisbar positiv auf die frühkindliche Förderung sowie auf die späteren Bildungschancen auswirkt. Parallel dazu sei daran erinnert:

- Berlin kann nahezu für jedes Kind einen Kita-Platz zur Verfügung stellen,
- seit 2007 ist das letzte Kita-Jahr für alle Kinder beitragsfrei und
- 2010 wird generell der Kita-Besuch für alle Kinder beitragsfrei sein.

Beispiel 5: Gemeinschaftsschule

Zunächst als Pilotversuch stehen in Berlin der Ausstieg aus dem diskriminierenden Drei-Klassen-Schulsystem und der Umstieg auf die Gemeinschaftsschule bevor, ebenfalls ein Projekt der LINKEN. Allen Widerständen zum Trotz wurde mit der entsprechenden Änderung des Schulgesetzes im März 2008 der Weg dafür frei gemacht.

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 25. April, 17 Uhr, Kieztreff am Falkenberg, Grevesmühlener Straße 20 (bitte anmelden!)
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 17. April, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D, (Fennpfuhl)
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, im April nach Vereinbarung sowie am 7. Mai, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 8. Mai, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie montags, 13 Uhr, im Abgeordnetenhaus
- **Mari Weiß:** ☎ 2325 2563, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 14. April, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus (Raum 417 a), und 23. April, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl 8-10

Wir bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Erfolgreiche Jahre?

Vor fünf Jahren verkündete Gerhard Schröder die Agenda 2010. Gesine Löttsch fasst zusammen, welche Auswirkungen diese Agenda auf das Leben der Menschen in unserem Land hatte und noch hat.

Schein und Sein

Würde man den Legenden glauben, die von der SPD gebetsmühlenartig verkündet werden, dann wäre die Agenda 2010 eine zukunfts-trächtige Erfolgsgeschichte. Wirtschaftsaufschwung, weniger Arbeitslose, eine anhaltende Positivstimmung bei den Unternehmen – all das wird als „Beweis“ für den Erfolg der Agenda 2010 bemüht.

Meine Bilanz der Agenda 2010 ist leider eine Bestätigung dessen, was Petra Pau und ich schon damals gesagt hatten: Armut per Gesetz. Ich empfinde keinerlei Genugtuung darüber, dass wir Recht hatten. Ganz im Gegenteil. Denn die Agenda 2010 hat nicht nur Auswirkungen auf das Leben von Arbeitslosen, sondern drückt auf alle Löhne.

Inzwischen arbeiten in Deutschland 6,5 Millionen Menschen – das sind 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten – im Niedriglohnssektor. Das sind deutlich mehr als in vergleichbaren Ländern wie Dänemark, Frankreich oder Niederlande. Menschen, die im Niedriglohnssektor, d. h. durchschnittlich für 5,43 Euro im

Osten bzw. für 7,12 Euro im Westen, arbeiten, sind mitnichten lediglich Ungelernte. Drei Viertel von ihnen – also 75 Prozent – haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss.

Die drastische Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien haben die Beschäftigten erpressbar gemacht und demütigendes Lohndumping gefördert. Während in Großbritannien diese Entwicklung von den Konservativen unter Frau Thatcher durchgesetzt wurde, waren es in Deutschland SPD und Grüne unter Führung von Schröder.

Sinkende Einkommen trotz Aufschwung

Als Auswirkung der Agenda 2010 gibt es erstmals in Deutschland trotz wirtschaftlichen Aufschwungs sinkende Reallöhne und Renten. Eine Studie, die Anfang März vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht wurde, zeigt eindringlich, dass die Mittelschicht in Deutschland dramatisch geschrumpft ist.

Danach ist der Anteil der Bevölkerung, der über ein Einkommen in der Nähe des statistischen Mittels verfügt, in den vergangenen Jahren von 62,3 Prozent auf 54,1 Prozent geschrumpft. Spiegelbildlich dazu ist der Anteil der Menschen mit extrem niedrigen oder extrem hohen Einkommen gestiegen. Fast fünf

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:**
Montag, 29. April, 17 Uhr,
Bürgerbüro (bitte anmelden!),
und nach Vereinbarung

Sehr gern kommt Dr. Gesine Löttsch in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**

Millionen Menschen sind so in den vergangenen sieben Jahren aus der Mittelschicht vor allem in die Niedrig-Randzonen der Einkommensverteilung abgedrängt worden.

Fazit: Hauptfaktor für den sogenannten Aufschwung ist der Abschwung bei den Einkommen der Beschäftigten. Wirtschafts- und sozialpolitisch ist die Agenda 2010 also ein Rückfall in das 19. und frühe 20. Jahrhundert und alles andere als das vorgetäuschte Zukunftskonzept.

DIE LINKE:

Alternativprogramm „Gute Arbeit“

Unsere Fraktion hat eine Vielzahl von Initiativen unter dem Titel „Gute Arbeit“ in das Parlament eingebracht. Dazu gehören neben der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes die Ausweitung und eine neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung. Wir wollen Arbeitszeitverkürzung und Überstundenabbau durchsetzen. Wir wollen eine neue Qualität der beruflichen Bildung erreichen. Und wir wollen sinnvolle Arbeit an sicheren Arbeitsplätzen.

Dass eine Kombination von angemessenen Löhnen, guten Arbeitsbedingungen und positiver wirtschaftlicher Entwicklung möglich ist, zeigen die skandinavischen Länder. Ich bin optimistisch, dass wir unsere Forderungen Schritt für Schritt durchsetzen können. Erinnern wir uns: Als wir 2005 mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in den Wahlkampf zogen, erklärten alle andere Parteien diese Forderung für absurd. Inzwischen hat man den Eindruck, die SPD habe den gesetzlichen Mindestlohn erfunden. Die Grünen waren augenscheinlich schon immer dafür, und selbst in der CDU/CSU finden sich Befürworter. Nur die FDP bleibt standhaft dagegen. Aber allein ist sie wohl nicht mehrheitsfähig.



Frisch bei der LINKEN angekommen: André Thieme, Tatjana Noack, Karl-Heinz Holub, Günter Döring (v. r.) und Petra Weitling (hinter Gesine Löttsch). Beim Begrüßungstreffen mit Gesine geht der Gesprächsstoff selten aus. Günter hat sich sofort bereiterklärt, bei der „Nein zu Tempelhof“-Aktion der LINKEN zu helfen. Wir freuen uns, sie alle in unserer Partei zu haben!



Heinrich Zille zum 150. Geburtstag



Stadthaus (Türschmidtstraße 24): Heinrich Zille lebte und arbeitete mehrere Jahre in Rummelsburg. Am Sonntag, dem 13. April 2008, 11 Uhr, ist Namensgebung des Heinrich-Zille-Saales. Gleichzeitig wird die Ausstellung „Milljöh – Studien und lebensvolle Motive aus Veröffentlichungen der damaligen Zeit“ eröffnet (bis 16. Mai, Di. bis Fr., So.: 11 – 18 Uhr).

Buchtipps



Einfach leben

In zwölf Doppelbiographien stellt uns Erika Maier, eine Lichtenbergerin, Frauen und Männer unterschiedlichster Berufe aus Ost und West vor: Die Ärztin, die Architektin, den Autobauer, die Bäuerin, den Bürgermeister, den Handwerker, die Journalistin, die Köchin, die Lehrerin, den Offizier, den Professor, den Pfarrer. Die einen wurden, was sie sind, „hüben“, die anderen „drüben“. Siebentausend Kilometer ist die Autorin durch Deutschland gefahren, um die

Leute kennenzulernen und ihnen zuzuhören. Erika Maier hat unkommentiert aufgeschrieben, was diese über sich, ihre Arbeit, ihre Familie, über Heimat und Welt denken. Erstaunliches ist dabei herausgekommen.

Natürlich wusste Erika Maier auch vorher schon, dass unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen Lebensläufe beeinflussen. Wir erfahren aber durch diese Biographien, wie sich Allgemeingütiges im Persönlichen herausstellt. Fragen wie: „Was lag an den gesellschaftlichen Verhältnissen, was an einem selber?“ gehen uns schließlich alle an – damals wie heute. Ein lesenswertes Buch. *Inge Uesseler*

- Erika Maier: „**Einfach leben – hüben wie drüben**“, Karl Dietz Verlag Berlin, ISBN: 978-3-320-02121-4, 12,90 €

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 3/08: 29.3.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 4/08:

Mittwoch, 16.4. und 30.4., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 23.4.

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.5.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Mittwoch, 9.4., 19.30 Uhr**
Wartenberger Konzerte: Synchron-Swing (BVG-Orchester); Kirche zu Wartenberg, Falkenberger Chaussee 93, S-Bhf. Hohenschönhausen, Straßenbahn M 4, M 17
- **Freitag, 11.4., 20 Uhr**
Hommage an Jaroslav Hašek: „Ihr Ochsen schießt nicht, hier sind Menschen“; Zimmertheater Karlshorst, Treskowallee 112, S-Bhf. Karlshorst, Straßenbahn M 17, 27, Reservierungen unter 55 34 616
- **Sonntag, 13.4., 14 Uhr**
Vernissage: „Lebensfreude durch Farbe“, Konzert und Gespräch mit den Hobbymalern; Begegnungsstätte für Senioren, Warnitzer Straße 8, S-Bhf. Hohenschönhausen, Straßenbahn M 4, M 17
- **Dienstag, 15.4., 14 Uhr**
Öffentliche Chorprobe des Ernst-Busch-Chores; Kulturhaus Karlshorst, S-Bhf. Karlshorst, Treskowallee 112, M 17, 27
- **Dienstag, 15.4., 15 Uhr**
Konzert: „Virtuosen am Straßenrand“, mit Evgenyia Umantseva, incl. Kaffeegedeck, Eintritt: 4 Euro; Stadthaus Lichtenberg, Türschmidtstraße 24
- **Mittwoch, 16.4., 10.30 Uhr**
„Kennen Sie unser Lichtenberg?“ Geführte Wanderung durch das Prinzenviertel; Begegnungsstätte „Treff der fröhlichen Hechte“, Zum Hechtgraben 1, Anmeldung bis 10.4., Tel.: 92 97 168
- **Donnerstag, 17.4., 14 Uhr**
Begegnung im „Interkulturellen Garten“; Begegnungsstätte „Wir ab 50“, Joachimsthaler Straße 2, Straßenbahn M 6, M 16, Bus 256, Anmeldung unter 98 68 511
- **Donnerstag, 17.4., 14 Uhr**
„Eins zwei drei im Sauseschritt“ – Ergötzliches und Besinnliches von Wilhelm Busch; Seniorenbegegnungsstätte, Einbecker Straße 85, Kostenbeitrag: 4 Euro
- **Mittwoch, 23.4., 15 Uhr**
Seniorenkino im CINEMAX: „La Vie en Rose“, Filmklassiker über Edith Piaf; Wartenberger Straße 174, S-Bhf. Hohenschönhausen, Eintritt: 4 Euro
- **Sonnabend, 26.4., 19 Uhr**
Sidney's Blues Jazzband und Otto's Five O'Clock Jazzband; Kulturhaus Karlshorst, Nähe S-Bhf., Eintritt: 13 Euro
- **Dienstag, 6. Mai**
Jugendkulturtag „Culture is it“, Anmeldungen bis Mitte April bei Frau Barbara Löser, Telefon: 902 96-3736 oder E-Mail: Barbara.Looser@libg.verwalt-berlin.de